

Bankgeheimnis: Wie konnte es zu diesem faulen Kompromiss kommen?



Von Claude Baumann
Journalist und Buchautor

Man hat den markigen Satz noch gut im Ohr: «Das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar.» Dies sagte der frühere Bundesrat Kaspar Villiger schon vor Jahren, und sein späterer Amtskollege, der heutige Bundespräsident und Finanzminister, Hans-Rudolf Merz, fand lange Zeit ebenfalls Gefallen an dieser Aussage. Doch nun, ganz unverhofft, ist alles anders geworden. Von einem Tag auf den andern warf die Schweizer Regierung ihre guten Vorsätze über Bord und verhandelte. Konkret: Sie gab dem Druck aus dem Ausland nach und lockerte das Bankgeheimnis gegenüber ausländischen Kunden. Damit wurde die Schweiz wortbrüchig. Wie konnte es bloss so weit kommen?

Natürlich baute sich über die letzten zwei Jahre ein enormer internationaler Druck auf die Schweiz auf. Ein Druck, der umso gewichtiger wurde, je mehr sich mit der anhaltenden Finanzkrise zeigte, wie verwundbar selbst die grösste Schweizer Bank, die UBS, sein konnte. Der Steuerkonflikt in den USA leistete sein Übriges dazu, dass letztlich der ganze Finanzplatz Schweiz in Bedrängnis geriet.

Unterwandertes Bankgeheimnis

Dass die Schweizer Behörden schliesslich das Bankgeheimnis unterwanderten und den US-Behörden vertrauliche Daten von nicht weniger als 255 US-Kunden der UBS aushändigten, erwies sich als Fanal. Denn damit war klar: Das Schweizer Bankgeheimnis ist eben doch verhandelbar.

In der Folge war es bloss eine Frage der Zeit, bis andere Staaten (EU) und Institutionen (OECD) ebenfalls Begehlichkeiten anmeldeten. Und um die Schweiz gefügig zu machen, drohte man ihr, sie auf eine «Schwarze Liste» zu setzen und notfalls internationale Sanktionen gegen sie auszusprechen.

Ohne Zweifel hätten manche Unternehmen unter allfälligen Restriktionen gelitten. Ob es jedoch wirklich so weit gekommen wäre, ist reine Spekulation, zumal andere Staaten, wie Österreich, Luxemburg oder Liechtenstein, eine unnachgiebige Schweiz vor allem aus eigenen Interessen durchaus unterstützt hätten. Doch offenbar gingen die Überlegungen im Bundesrat und in der eilends einberufenen Expertengruppe nicht so weit.

Von China und Saudi-Arabien erpresst

Doch selbst in dieser Situation hätte die Schweiz durchaus mehr Rückgrat beweisen können. Denn die G-20-Staaten, die letztlich die Schweiz sanktioniert hätten, sind alles andere als ein Verbund rechtsstaatlicher Musterländer. China und Saudi-Arabien, die zu dieser ominösen Gruppe gehören, haben nach wie vor ein grundlegend anderes demokratisches Verständnis als die Schweiz. Umso absurder dünkt es, dass sich Bern von solchen Ländern erpressen liess.

Bedenklich ist zudem, dass trotz dem Einlenken der Schweiz auf OECD-Standards die mächtigsten Staaten dieser Welt ihre Steueroasen behalten: Der US-Bundesstaat Delaware oder die britischen Kanalinseln Jersey und Guernsey stehen nicht zur Diskussion, genauso wie das englische Trustwesen. Von den verschachtelten Strukturen auf manchen Karibikinseln gar nicht zu sprechen. Man könnte auch fragen, weshalb die US-Behörden einen Finanzplatz wie Miami nicht einmal unter die Lupe nehmen oder den Aktivitäten amerikanischer Geldinstitute in Panama nachgehen. Merkwürdig ist auch, wie behutsam die US-Justiz mit

den Milliardenbetrügnern Madoff und Stanford verfährt. Warum eigentlich? Hätte es nicht an der Schweiz gelegen, den Spiess umzudrehen und gegen diese falsche Moralität laut zu werden?

Arbeitsplätze verschwinden

Durch die Auflockerung des Bankgeheimnisses könnten in den nächsten Jahren mehrere zehntausend Arbeitsplätze in der Schweizer Finanzbranche verschwinden. Denn es ist nicht anzunehmen, dass die Schweiz mit ihrem aufgeweichten Diskretionsschutz weiterhin die erste Wahl für ausländische Kunden sein wird. Vor diesem Hintergrund muss man sich auch darauf einstellen, dass der Beitrag der Banken an das Bruttoinlandprodukt der Schweiz deutlich geringer ausfallen wird als bisher. Die Nachgiebigkeit der Schweizer Regierung birgt noch ein Problem: Euphorisiert vom jüngsten Entscheid werden die Sozialdemokraten und Grünen noch energischer die vollständige Abschaffung des Bankgeheimnisses fordern und dabei erst noch einen beträchtlichen Rückhalt in der Bevölkerung finden.

Tatsache ist aber, dass damit eine grosse freiheitliche Eigenheit der Schweiz preisgegeben würde. Denn der Schutz der finanziellen Privatsphäre sowie die Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wurzeln in einer bürgernahen Staatsidee und im Vertrauen auf die Unschuldsumutung. Es wäre bedenklich, wenn dies nicht mehr so wäre.

Die Schweiz ist viel zu lange passiv geblieben und versäumte es sträflich, eine Vorwärtsstrategie zu entwickeln. Das rächt sich nun. Wenn sie nicht noch alles verlieren will, ist es höchste Zeit, eine klare Position zu beziehen. Dabei sollten sich die betroffenen Kreise nicht durch irgendwelche Experten- oder Lobbygruppen vereinnahmen lassen, die seit je im Dienst der Bundesverwaltung stehen oder aus lauter finanzieller Abhängigkeit keine eigene Meinung vortragen können.

claude.baumann@finews.ch •